

Jahresbericht Vorstand

Bericht aus dem Vorstand 2019/2020

Rasch nach der gut besuchten GV im April 2019 hat sich der Vorstand zu seiner konstituierenden Vorstandssitzung getroffen. In dieser wurde vom neuen Co-Präsidium zunächst über die Aufgabenverteilung innerhalb des Präsidiums informiert und anschliessend gemeinsam die Resorts verteilt:

- Ivo Braunschweiger, Co-Präsidium, Kommunikation & Verkehr
- Dominique Jaussi, Co-Präsidium & Quartierpolitik
- Marianne Aubert, Finanzverantwortliche
- Manon von Heeren, Migrationsverantwortliche
- Angelica Eichenberger, Veranstaltungen
- Nicole Nickerson, Standaktionen
- Benjamin Gertsch, Mitgliederbetreuung & Delegierte

Am gleichen Tag traf sich der Vorstand auch mit mehreren Vertreter*innen (u.a. aus Kantonsrat, Gemeinderat und Kreisschulbehörde) sowie Ivo Bieri (als ehemaliger Präsident) zu einer Retraite. Ziel dieser Retraite war es, dass wir uns gegenseitig besser kennenlernen und auch die Zusammenarbeit in der Kreispartei stärken konnten. Wir diskutierten über (lokal)politische Themen, die Tätigkeiten unserer Partei und über die strategische Ausrichtung. Hierbei haben wir uns insbesondere zum Ziel gesetzt vermehrt auch innerhalb der Stadtpartei unsere Perspektive einbringen zu wollen (z.B. mit einem Sitz in der Geschäftsleitung).

Insgesamt traf sich der Vorstand zwischen April 2019 und Mai 2020 zu sieben Sitzungen.



Quartierfest Hottingen

Nach einem längerem Unterbuch fand dieses Jahr das beliebte Quartierfest in Hottingen statt. Der Vorstand konnte zusammen mit den Organisatoren erreichen, dass die Kreisparteien sich wieder aktiv mit einem Stand beteiligen konnten. So konnten wir unseren traditionellen Crêpes-Stand wieder betreiben. Mit grosser Unterstützung von unseren Mitgliedern, Stände- und Nationalratskandidat*innen und Stadt- und Gemeinderät*innen konnten wir rund 600 Crêpes verkaufen. Schlussendlich lohnte sich der Aufwand auch finanziell, was uns neben den zahlreichen positiven Gesprächen mit der Quartierbevölkerung sehr freute.



Sommerfest

Das diesjährige Sommerfest fand am Züri-Fest-Wochenende statt. Erfreulicherweise nahmen das zahlreiche Genoss*innen zum Anlass den Sommerabend bei uns im Quartierhof Wynegg zu verbringen. Unsere Nationalratskandidat*innen (Jacqueline Badran, Jean-Daniel Strub und Eva-Maria Würth) nutzten diese Gelegenheit, um sich kurz vorzustellen und unsere Genoss*innen auf den Nationalratswahlkampf einzustimmen. Herzlich bedanken möchten wir uns auch bei Michael Olivo, der uns den Quartierhof vorstellte und uns eine Degustation verschiedener Erzeugnisse des Quartierhofs ermöglichte. Der Erfolg des diesjährigen Sommerfests kam überraschend: kurzfristig mussten wir noch zusätzliches Material besorgen, da wir mit weniger Gästen gerechnet hatten.



Nationalratswahlen

Der Vorstand freute sich sehr, dass wir in unserer Sektion mit Jacqueline, Jean-Daniel und Eva-Maria drei Kandidat*innen hatten, die sich im Wahlkampf stark engagierten. Es war beeindruckend zu sehen, wie sehr sich alle drei für die Partei im Wahlkampf einsetzten, neue Formate entwickelten, zahlreiche Telefongespräche während der Basiskampagne führten und an unendlich vielen Standaktionen mit der Bevölkerung im Kontakt waren.

Der Vorstand unterstützte diese Bemühungen nicht nur personell und organisatorisch, sondern auch finanziell. So nutzten wir die verbliebenen (bisher ungenutzten) Reserven für den Nationalratswahlkampf. Für zukünftige Nationalratswahlen schlagen wir unseren Mitgliedern vor, das Budget dahingehend anzupassen, dass jährlich CHF 2'000 Rückstellungen für den Nationalratswahlkampf gebildet werden. Mit diesen Rückstellungen können wir auch in Zukunft die Kandidat*innen mit substantiellen Leistungen, wie z.B. Werbung im öffentlichen Raum, unterstützen. Neben der finanziellen Unterstützung haben wir mit dem Europagipfel auch noch einen (Wahlkampf-)Anlass zum Thema Europa organisiert (mit Jean-Daniel Strub, Martin Naef und Rosmarie Quadranti), uns aktiv an der Basiskampagne beteiligt und diverse Standaktionen durchgeführt.

Wir möchten uns bei allen Mitgliedern und Sympathisant*innen für die Unterstützung bedanken. Auch wenn die grossen Bemühungen im Wahlkampf nicht zum erhofften Erfolg führten, dürfen wir dennoch stolz darauf sein, dass wir mit so vielen Personen in Kontakt waren und sind überzeugt, dass unser Engagement für eine gerechtere Schweiz in den nächsten Wahlen wieder mehr Erfolg haben wird.

Chlauchhök

Das Jahr haben wir traditionsgemäss mit dem Chlauchhök abgeschlossen. Auch dieser Anlass war gut besucht und es war schön nach zwei anstrengenden Wahlkämpfen das Jahr bei einem Glas Wein unter Genoss*innen ausklingen zu lassen. Erstmals haben wir am Chlauchhök um eine unverbindliche An- oder Abmeldung gebeten, um die Anzahl Gäste besser abschätzen zu können – auch aufgrund unserer Erfahrungen beim Sommerfest. Wir haben damit sehr positive Erfahrungen gesammelt und danken allen für ihre Zusammenarbeit, die uns nicht nur Mehraufwand, sondern auch Food Waste erspart.

Corona-Virus

Zu Beginn von 2020 waren wir mit den Auswirkungen des Coronavirus konfrontiert. So mussten mehrere Veranstaltungen, u.a. der Sessionsgipfel, der Quartierempfang zu Helen Glasers Wahl als Ratspräsidentin sowie auch unsere Generalversammlung, abgesagt resp. verschoben werden. Zudem fand am 17. Mai kein Urnengang statt, so dass keine Standaktionen durchgeführt wurden.

Um unsere älteren Mitglieder zu schützen arrangierten wir, wo erwünscht, eine innerparteiliche Nachbarschaftshilfe. Auch hier möchten wir uns herzlich bei all den solidarischen Helfer*innen bedanken, die sich hierfür zur Verfügung stellten.

Im Mai 2020, Dominique Jausi & Ivo Braunschweiger



Jahresbericht Gemeinderat

Bericht 2019/2020 aus dem Gemeinderat zu Händen SP 7 und 8

Im Ratsjahr 2019/2020 vertraten Jean-Daniel Strub, Helen Glaser, Joe A. Manser, Marianne Aubert (bis 22. Februar) und Sofia Karakostas (ab 23. Februar) die SP 7 und 8 im Gemeinderat.

Stillstand

Natürlich steht auch dieser Bericht unter dem Eindruck einer prägenden Erfahrung: dem Stillstand unseres städtischen Parlaments. Bis zur konstituierenden Sitzung des nun angelaufenen Amtsjahrs 2020/2021 am 29. April fanden während sieben Wochen keine Plenarsitzungen des Gemeinderats statt. Sechs unserer Sitzungen fielen aus. Und so machte auch ein Grossteil der Ratsmitglieder Bekanntschaft mit einer eigentümlichen Diskrepanz: während der Stadtrat mit einem gut koordinierten und erfreulich progressiven Vorgehen ein in meinen Augen eindrückliches Management dieser Krise an den Tag legte, blieb dem Parlament nichts anderes übrig, als die Rolle des politischen Zaungasts einzunehmen. Einzig das Ratsbüro sowie die Rechnungsprüfungs- und die Geschäftsprüfungskommission haben schnell wieder regelmässige Sitzungen abgehalten, um die ihnen zugeordneten Aufsichts- und Organisationsfunktionen wahrnehmen zu können. Als Präsident einer der gemeinderätlichen Kommissionen, durfte ich ab Anfang April dann auch noch das Novum einiger online abgehaltenen Kommissionsitzungen einberufen – und die Erfahrung machen, dass dies ganz gut funktioniert. Die Grenzen der rein virtuellen Ratstätigkeit wurden dann aber doch rasch augenfällig: nämlich vor allem dort, wo nur der informelle Austausch und das direkte Gespräch im kleinen Kreis es ermöglichen, in einer strittigen Frage zu einer für mehrere Seiten tragfähigen Lösung zu kommen. So sehr also der Stillstand unserer analogen Ratstätigkeit uns zwingt, Spielräume auszunutzen, die digitale Instrumente eröffnen, so sehr ruft er uns in Erinnerung, wie zentral die regelmässigen direkten Begegnungen in physischen Sitzungen sind – selbst wenn sie, was mittwochs mit zunehmender Dauer immer mal wieder vorkommt, vor nur spärlich gefüllten Rängen stattfinden.

Der 29. April war also ein denkwürdiger Tag für den Gemeinderat: wir können seither zwar wieder zusammentreten, müssen dies aber auf absehbare Zeit ausserhalb des für die Einhaltung der aktuell angezeigten

Hygienemassnahmen viel zu engen Rathauses in der Messehalle 7 in Oerlikon tun. Denkwürdig war der Tag aber auch, weil unser Sektionsmitglied Helen Glaser mit einem absoluten Glanzresultat – nur gerade drei der anwesenden Ratsmitglieder gaben ihr die Stimme nicht – für das laufende Amtsjahr zur Ratspräsidentin gewählt wurde. Damit beträgt die Quote der aktuell im Rat sitzenden Sektionsmitglieder, die dieses hohe Amt bekleidet haben, stolze und wohl unübertroffene 50% – die Vorfreude auf das Jahr unter Helens Leitung ist gross!

Generell war der Gemeinderat im Berichtsjahr trotz coronabedingten Stillstands durchaus arbeitsam. Wie die Parlamentsdienste in ihrer jährlichen Abrechnung kürzlich aufzeigten, liegt die Sitzungszeit des Ratsplenums nämlich trotz der fehlenden Sitzungen im Bereich der Vorjahre. Und die Sitzungszeit der Kommissionen ist sogar stark angestiegen und liegt auf dem höchsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen. So rechnen die Parlamentsdienste vor, dass der Rat im Berichtszeitraum insgesamt während rund 130 Stunden getagt hat, was 5,4 Tagen ununterbrochener Sitzung entspricht. Die Kommissionen wiederum weisen eine Gesamtsitzungszeit von 785 Stunden aus; das sind 32,7 Tage! Erklärt wird dieser neue Rekordwert mit der grossen Geschäftslast in einigen Bereichen, aber auch mit der Tatsache, dass derzeit zwei zusätzliche Kommissionen am Werk sind, nämlich nach wie vor die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK), die die Zustände bei ERZ aufarbeitet, und die «Besondere Kommission», welche die kommunalen Richtpläne «Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen der Stadt Zürich/Verkehr» vorberät.

Klima und Stadtentwicklung

Von Stillstand kann – überblickt man das gesamte Berichtsjahr – im Gemeinderat also keine Rede sein. Was aber waren wichtige Themen und Geschäfte in dieser Zeit? Nachfolgend sollen einige wenige davon zur Sprache kommen, ist es doch auch dieses Jahr nicht



möglich, alles aufzuzählen, womit wir uns Mittwoch für Mittwoch befasst haben. Die gute Kunde ist: der Gemeinderat hat sich intensiv mit der Klimapolitik und dem möglichen städtischen Beitrag zum Kampf gegen die Klimakatastrophe befasst. Denn tatsächlich wird immer deutlicher, dass die Städte matchentscheidend sein können, um die Folgen der Klimaerhitzung einzudämmen – gut aufgezeigt hat das beispielsweise Friedrich von Borries Ende 2019 in einem Artikel in der ZEIT¹, ebenso natürlich wie die 3. Sozialdemokratische Städtekonzferenz der Schweiz, die wir am 31. August 2019 im Volkshaus ausgerichtet haben.

Das Gewicht, das die Klimapolitik im Gemeinderat erhalten hat, hängt bestimmt auch mit dem Protest der Klimajugend zusammen, die uns im Verlauf des Frühjahrs Mittwoch für Mittwoch vor dem Rathaus empfangen hat. Persönlich jedenfalls empfinde ich dieses Spalier junger Menschen, die alle Ratsmitglieder – ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit – mit berechtigter Kritik angesichts unseres viel zu zögerlichen Vorgehens eingedeckt haben, als äusserst eindrücklich. Umso wichtiger, dass Ratsmitglieder aus mehreren Fraktionen mit federführender Beteiligung einiger Genoss*innen umgehend mit Vertreter*innen der Klimaaktivist*innen zusammengesessen sind und Forderungen zuhanden Gemeinde- und Stadtrat ausgearbeitet haben. Dazu gehört – als prominentestes Beispiel – etwa die Motion, mit der eine Mehrheit des Gemeinderats eine Strategie gefordert hat, wie Zürich bis 2030 das Ziel Netto-Null-CO2 erreichen könne. Im September war es dann soweit: an drei aufeinanderfolgenden Sitzungen – also von 14-24 Uhr – hielt der Rat eine Klimadebatte ab, an der zahlreiche Vorstösse zur Sprache kamen und die unterschiedlichen Ansätze der Parteien überdeutlich sichtbar wurden. Einige wichtige Forderungen unserer Seite fanden eine Mehrheit, derweil es Vorstösse der FDP, die zumeist technologiegläubig und unverbindlich daher kamen, schwer hatten. Während es im Anschluss an diese Themendebatte im Rat wieder ruhiger wurde um die Klimafrage, liess die Klimajugend vor dem Rathaus nicht locker: erst im Februar erinnerte sie uns nachdrücklich daran, dass es zwar erfreulich sei, wenn Vorstösse überwiesen werden, dass aber nur deren konsequente Umsetzung auch wirklich Resultate gegen die Klimakrise zeitigen könne. Es waren deutliche Worte, wie sie auch an den Kantonsrat adressiert

wurden – Worte aber auch, die von der anderen Krise, die unseren Alltag derzeit beherrscht, nur allzu rasch überlagert worden sind.

Zweifach eine lange Debatte beschert hat dem Gemeinderat auch die Zukunft eines der letzten grossen Entwicklungsgebiete, die sich auf Stadtboden noch finden: dem heutigen Familiengartenareal westlich der Thurgauerstrasse. Der Gestaltungsplan des Stadtrats, zu dem zahlreiche Anträge und Begleitvorstösse, aber auch ein Rückweisungsantrag von links eingegangen sind, brauchte im Rat zwei Anläufe und ein hohes Mass an Geistesgegenwart und taktischem Geschick unserer Fraktionsleitung, um angenommen zu werden. Denn unmittelbar vor der Debatte fiel die fragile Mehrheit, die es für die Vorlage gab, auseinander. Nur die spontan beantragte Rückweisung des Geschäfts an die Kommission, wo die Ausgangslage neu sortiert werden konnte, vermochte dessen Rückweisung an den Stadtrat zu verhindern. Im zweiten Anlauf fand der Gestaltungsplan im Gemeinderat Zustimmung – das letzte Wort wird aber das Volk haben, weil zum Geschäft von AL und Grünen das Referendum ergriffen worden ist.

Kultur und Schule

Mindestens alle vier Jahre ist auch die Kulturförderung erwähnenswert. Dies in den Jahren, in denen der Gemeinderat das auf vier Jahre ausgelegte Kulturleitbild des Stadtrats berät, das aufgrund eines SP-Vorstosses seit einiger Zeit jeweils eine strategische Grundlage für die städtische Kulturpolitik legt. In diesen Jahren – 2019 gehörte dazu – befindet der Gemeinderat auch über die Fortführung, Erhöhung oder Senkung der Subventionen für einen Grossteil der von der Stadt unterstützten Kulturinstitutionen. Deren Förderung wird im heutigen System für vier Jahre gesprochen – für die vorberatende Kommission, die in diesem Jahr unter meiner Leitung stand, bedeutete dies während mehrerer Monate von Sommer bis Herbst wöchentlich mindestens dreistündige Sitzungen. Ende November vermochten wir dann in einer Doppelsitzung alle Subventionen unter Dach und Fach zu bringen. Geht es nach dem Willen des Stadtrats und der SP, gehört dieses Ritual allerdings bald der Vergangenheit an: mit dem von Corine Mauch vorgelegten neuen Fördermodell, der sogenannten Konzeptförderung, soll die städtische Unterstützung im Bereich Tanz und Theater künftig über einen Rahmen-

1 <https://www.zeit.de/2020/01/grossstaedte-klimaschutz-demokratie-vernetzung-effizienz-stadtleben>



kredit bestritten werden, aus dem ein Gutteil der Institutionen über sechs Jahre gefördert werden sollen. Auch die Beratung dieses Geschäfts hat in der Kommission viel Zeit in Anspruch genommen – und es gehört zu denjenigen, bei denen die Mehrheiten nach wie vor so unklar sind wie selten.

Trotz Kulturjahr befassten sich unsere Kommission ebenso wie der Gemeinderat auch weiterhin stark mit der Thematik des notorisch knappen Schulraums. Unter Federführung von André Odermatt haben die zuständigen Departemente Instrumente und Vorgehensweisen entwickelt, die zu einer spürbar höheren Geschwindigkeit der Planung und Bereitstellung von neuem Schulraum führen. Und so sieht es an immer mehr Orten in der Stadt so aus, wie aktuell beim Hofackerschulhaus auf dem Gebiet unserer Sektion: es entstehen neue Bauten, dank denen die angespannte Raumsituation verbessert werden kann. Im Berichtsjahr gelangten so etwa die Schulanlagen Allmend (Leimbach) und jene auf dem Freilager-Areal zur Abstimmung – beide erzielten sie satte Mehrheiten, im letzteren Fall trotz Ablehnung seitens der Grünen. Erwähnenswert ist schliesslich, dass sich die Stadt Zürich eine Smart City-Strategie gegeben hat, die der Gemeinderat beraten und zur Kenntnis genommen hat – und dank der ein hochkompetent besetztes Smart City-Team im Präsidialdepartement eingesetzt werden konnte.

Stadt für alle

Selbstverständlich beschäftigen uns auch im Berichtsjahr Verkehrsfragen stark. Hervorzuheben ist etwa der erfreuliche Umstand, dass der Stadtrat dem Gemeinderat und der Stimmbevölkerung zum ersten Mal seit 1988 eine Volksinitiative zur Annahme empfiehlt: die Velorouten-Initiative der SP und ihrer Partner*innen. Ohne Corona stünden wir in diesen Wochen kurz vor der Abstimmung, nun wird sich im September zeigen, ob neben Stadt- und Gemeinderat auch die Zürcher Stimmbevölkerung dieses wichtige Anliegen gutheissen wird.

Wichtige Beschlüsse gefällt wurden im Berichtsjahr aber auch mit Blick auf ein Anliegen, dem wir im vergangenen städtischen Wahlkampf grosses Gewicht gegeben haben: unserem Zürich als Stadt für alle. So hat Raphael Golta eminent wichtige Weiterentwicklungen in der städtischen Sozialhilfe und ein neues Modell im Bereich der Arbeitsintegration umgesetzt. Und der Ge-

meinderat hat mit einigen Vorstössen weitere Schritte für mehr Inklusion angestossen. Dazu gehört die Motion aus der SP-Fraktion, die kostenlose Einbürgerungen für Menschen unter 25 Jahren fordert. So sollen Hürden abgebaut und mehr Teilhabe am politischen und sozialen Leben der Stadt ermöglicht werden.

Hierfür – für eine offene, moderne und zukunftsfähige Stadt – werden wir uns im Gemeinderat auch weiterhin einsetzen. Trotz der zu Recht dominierenden Fragen rund um die langfristigen Folgen der Corona-Krise und deren Bewältigung. Es sind nicht zuletzt die kerngesunden Finanzen Zürichs, verdeutlicht durch das Eigenkapital von gut 1,5 Milliarden Franken, die uns erlauben sollten, auch in dieser schwierigen Zeit Rückschritte und Abbaumassnahmen, wie sie im Gemeinderat von einigen Fraktionen bereits angesprochen werden, zu verhindern.

Im Mai 2020, Jean-Daniel Strub



Bericht aus dem Kantonsrat 2019/2020

Im Ratsjahr 2019/2020 vertrat Isabel Bartal die SP Zürich 7 und 8 im Kantonsrat.

Rechnung 2019 und Budget 2020

Die Rechnung 2019 des Kantons Zürich schliesst erneut mit einem gewaltigen Überschuss von 566 Millionen ab (419 Millionen mehr als budgetiert). Einmal mehr wurde zu pessimistisch kalkuliert. Eine solche Abweichung gibt Anlass zu Fragen. Die Überschüsse zeigen, dass Kürzungen nicht legitimiert sind und genug Geld vorhanden ist, um wichtige Massnahmen wie z.B. den Sozialleistungsausgleich umzusetzen. Die Finanzen ermöglichen Investitionen in die Zukunft.

Im Budget 2020 ist begrüßenswert, dass der Regierungsrat auf einen Steuerfussenkungsantrag verzichtet. Es ist mitte-links insbesondere gelungen, den Steuerfuss bei 100 Prozent zu halten. Da mit dem Soziallastenausgleich, dem Musikschulgesetz oder auch dem Gegenvorschlag zur Natur-Initiative mehrere wichtige Vorlagen anstehen, die grössere Investitionen des Kantons bedingen, wäre eine Senkung des Steuerfusses finanzpolitisch unverantwortlich gewesen. Mit der Erhöhung der Investitionen macht der Regierungsrat einen Schritt zum Abbau des Investitionsstaus der letzten Jahre. Die Kostensteigerungen im Budget sind primär Folge des Bevölkerungswachstums.

Darüber hinaus hat der Kantonsrat dem wiederholten Versuch des Regierungsrates, die vom Volk klar gutgeheissenen Einlagen in den Verkehrsfonds eigenmächtig zu senken, eine klare Absage erteilt. Mit der Aufstockung des Natur- und Heimatschutzfonds zur Förderung des Artenschutzes bedrohter Tierarten wurde zudem ein wichtiger Schritt unternommen, um dem Schwund der Biodiversität im Kanton entgegenzuwirken. Mit mehr als einem Dutzend KEF-Erklärungen hat die neue ökologische Mehrheit zudem die Weichen zu Gunsten von Artenvielfalt, Gewässerrevitalisierung und einer neuen Klimapolitik gestellt. Der Kantonsrat bewilligt die nötigen zusätzlichen Stellenprozente für den Datenschutz, welcher durch die fortschreitende Digitalisierung nicht nur wichtiger, sondern auch ressourcenintensiver wird.

Trotzdem bleibt das Budget 2020 von zahlreichen schmerzhaften Kürzungen geprägt: es gibt Kürzungen

bei Personal, Bildung und Prämienverbilligungen.

Die kantonalen Angestellten müssen durch die Kürzungen bei einer Teuerung von mehr als 0.5 Prozent mit einer Reallohnsenkung rechnen. Auch die «fünfte Ferienwoche», die nichts anderes als eine längst überfällige Angleichung an die Privatwirtschaft wäre, beinhaltet nur drei zusätzliche Freitage für das Personal.

Trotz unaufhaltsam steigenden Krankenkassenprämien weigert sich der Kantonsrat nach wie vor, den Kantonsanteil an den individuellen Prämienverbilligungen wieder auf 100 Prozent des Bundesbeitrages zur erhöhen. Darunter leiden viele Haushalte, unter ihnen viele Familien mit Kindern.

Die rechtsbürgerlichen Parteien sparen auch in der Bildung ungehemmt. So kürzen sie z.B. die Bruttoinvestitionen um mindestens 10 Prozent, welche nötig wären, um die teils renovationsbedürftigen Gebäude von Universität und Hochschulen zu sanieren – und verhindern damit nicht zuletzt auch energetische Sanierungen, die für die Erreichung der Klimaziele wichtig wären. Auch bei den lohnwirksamen Massnahmen in den Volksschulen sowie den Kostenbeiträgen pro Studierende an Universität und Hochschulen kürzt die rechte Mehrheit.

Die häufig gestellt Frage, wie sich die GLP in der neuen Legislatur positionieren würde, wurde im Rahmen der Budgetdebatte klar beantwortet. Egal ob auf dem Buckel der Angestellten, der Familien oder der Bildung: die GLP war immer für Kürzungen zu haben, selbst dann, wenn dadurch die Klimaziele in weite Ferne rücken. Es wurde deutlich, dass die GLP zwar eine Koalitionspartnerin in reinen Umweltfragen ist, aber in der Finanz- und Sozialpolitik ihrer alten rechtsbürgerlichen Ausrichtung treu bleibt.

Referenden Wasser- und Hundegesetz

Das Jahr fing politisch mit dem Abstimmungskampf für das Referendum gegen das Wassergesetz an. Die SP engagierte sich für den Gewässerschutz und gegen die Teilprivatisierung der Wasserversorgung. Das Nein zum Wassergesetz ist ein weiteres Nein zu Privatisie-



rungen im Service Public. Es ist nun höchste Zeit, dass auch die rechte Mehrheit das wiederholte Nein der Bevölkerung zu Privatisierungen endlich anerkennt.

Auch gegen den Beschluss des Kantonsrats das Obligatorium für Hundekurse vollständig abzuschaffen, ergriff die SP das Behördenreferendum. Das neue Hundegesetz wollte, unabhängig von Grösse oder Rasse, keinerlei Ausbildungspflicht mehr für Hundehalterinnen und Hundehalter. Bei der Abstimmung über das Hundegesetz erleidet die rechte Mehrheit ebenfalls Schiffbruch. Beinahe 70% der Bevölkerung lehnte das Gesetz ab. Dank diesem Resultat kann nun über eine Neuausrichtung der Kurspflicht für die Hundehalterkurse diskutiert werden. Die Abstimmungsergebnisse beider Referenden zeigen deutlich, wie die rechte Mehrheit an der Bevölkerung vorbei politisiert.

Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz EG KVG und individuelle Prämienverbilligung (IPV)

Die neuen gesetzlichen Bestimmungen zur individuellen Prämienverbilligung (IPV) im EG KVG bringen einige Verbesserungen mit sich. Die SP-Fraktion setzte erfolgreich durch, dass Alleinerziehende und Einzelpersonen keine massiven Kürzungen in Kauf nehmen müssen und dass junge Erwachsene in Ausbildung ihren Anspruch auf IPV nicht vollständig verlieren. Die rechte Mehrheit verwehrt der Bevölkerung jedoch die angesichts der steigenden Krankenkassenprämien dringend nötige Erhöhung der Prämienverbilligung.

Die SP hat sich bei der Gesetzesberatung erfolgreich dafür eingesetzt, dass bisherige Anspruchsgruppen, die im Stufenmodell zu Recht von der IPV profitierten, durch den Systemwechsel nicht plötzlich benachteiligt werden. Einzelpersonen und Alleinerziehende werden so nicht benachteiligt und profitieren von einem leicht tieferen Eigenanteilssatz gegenüber Ehepaaren.

Auch bei den jungen Erwachsenen in Ausbildung, die neu zusammen mit ihren Eltern eingeschätzt werden, konnte die SP die radikalen Kürzungsmassnahmen abfedern. Für Familien mit jungen Erwachsenen in Ausbildung gilt eine um einen Drittel erhöhte Einkommensgrenze im Vergleich zu Familien mit minderjährigen Kindern. Volljährige Kinder von reichen Eltern erhalten somit keine Prämienverbilligung mehr, junge Erwachsene aus mittelständischen Familien erhalten hingegen weiterhin einen Beitrag an die Prämienlast.

Die SP setzte ausserdem durch, dass die SVA neu Personen, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, diese aber nicht beziehen, auf die Möglichkeit der Prämienübernahme aktiv hinweist.

Dass der Kantonsanteil bei 80 Prozent tief verbleibt und nicht deutlich erhöht wird, ist jedoch ärgerlich und zeugt von Realitätsverlust bei den rechtsbürgerlichen Parteien. Diese wollen offensichtlich nichts unternehmen, um die steigende Prämienlast für die Zürcherinnen und Zürcher zu reduzieren.

Nachhaltige Finanzierung der Kultur

Die Regierungsratsvorlage zum neuen Lotteriefondsgesetz schafft einen weiteren «Unterfonds». Damit wird die Verteilung der Gelder planbarer und gerechter. Insbesondere bildet der Kulturfonds ein wichtiges Fundament für die künftige Kulturfinanzierung. Mit diesem Gesetzesentwurf wird ein wichtiger Schritt für eine nachhaltige Kulturfinanzierung gemacht, da mit der Schaffung des Kulturfonds nun die erste Säule der Kulturfinanzierung gesetzlich verankert wird. Die Übergangsbestimmungen sichern zudem die Mittel bis Ende 2023 und geben somit dem Parlament die nötige Zeit für die Ausarbeitung der künftigen Kulturfinanzierung. Die Diskussion um die Ausgestaltung der Kulturfinanzierung wird den Kantonsrat noch weiterhin beschäftigen.

Kantonsratswahlen vom 24. März 2018

Die Linke legt bei den kantonalen Wahlen sowohl im Kantonsrat als auch in der Regierung entscheidend zu. Mario Fehr und Jacqueline Fehr belegen die Spitzenplätze. Entgegen den Umfragen kann auch die SP ihren Wähler*innenanteil praktisch halten. Schmerzhaft blieb der Verlust eines Sitzes für die SP 7 und 8. Eva-Maria Würth konnte bedauerlicherweise die Wiederwahl nicht erreichen. Wir danken ihr für ihren engagierten Einsatz bis Ende der Legislatur 2019.

Meilenstein beim Soziallastenausgleich

Die Einführung des Soziallastenausgleichs entlastet endlich die Gemeinden, die aufgrund ihrer Bevölkerungsstruktur vor wesentlich grösseren Herausforderungen im Sozialbereich stehen. Den Anstoss dazu gab ein Vorstoss der SP. Die Kosten für Sozialleistungen sind im Kanton Zürich sehr ungleich verteilt: Dietikon muss z.B. gut 26 Prozent des Gemeindebudgets



für den Bereich Soziales aufwenden. In Seegemeinden wie Rüslikon sind es nicht einmal sechs Prozent. Das ist nicht «selbstverschuldet», sondern erklärt sich durch die unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung. Das bringt einerseits Gemeinden an ihre finanziellen Grenzen. Die hohen Sozialkosten führen direkt zu höheren Steuerfüssen. Andererseits ist es gefährlich für unsere Gesellschaft, denn es gefährdet die Akzeptanz der Sozialleistungen. Es ist der zuständigen Kommission nach fünfjähriger Beratung (Vorstoss SP-Kantonsrätin Rosmarie Joss) unter Einbezug des Gemeindepräsidentenverbandes eine mehrheitsfähige Lösung gelungen: die Erhöhung des Kantonsanteils der Zusatzleistungen auf 70 Prozent mit einem Plafond bei 125 Prozent.

Eine breite Allianz von SP, Grünen, CVP, GLP, EVP und FDP hat diesem Vorschlag zugestimmt. Zukünftig wird ein deutlich grösserer Anteil der Zusatzleistungskosten vom Kanton finanziert. Damit werden die Kosten für bedeutenden Sozialausgaben fairer aufgeteilt. Gemeinden, die bisher prozentual sehr hohe Sozialkosten tragen, werden deutlich entlastet. Die solidarischere Finanzierung der Sozialleistungen, ist eine wichtige Grundlage für die Akzeptanz der Sozialleistungen und gegen die Abwehrstrategien einzelner Gemeinden gegen Sozialleistungsempfänger*innen.

Gesetz zum Mehrwertausgleich

Der Kantonsrat verabschiedete endlich das Gesetz zum Mehrwertausgleich. Damit erhalten die Zürcher Gemeinden ein Instrument in die Hand, um auch die von leistungsfreien Aufwertungsgewinnen profitierenden Grundeigentümer mit einer Ausgleichsabgabe an den anfallenden Kosten zu beteiligen.

Der Mehrwertausgleich sorgt dafür, dass nicht einfach die privaten Grundeigentümer den Gewinn einstreichen und die Steuerzahlenden auf den Kosten sitzenbleiben, sondern sich auch die Grundeigentümer mit einer Ausgleichsabgabe auf ihre leistungsfreien Aufwertungsgewinne an den Kosten beteiligen.

Abschaffung des Nachtzuschlages im ÖV

Der Nachzuschlag ist ein Übrigbleibsel aus der Einführungszeit des Nachtnetzes. Die Streichung entspricht der veränderten Realität und ist überfällig.

Acht Jahre nachdem die SP erstmals ein Postulat zur Abschaffung des Nachtzuschlags eingereicht hat, hat

der Regierungsrat entschieden, die veränderte Realität im öffentlichen Verkehr anzuerkennen und den Nachtzuschlag aufzuheben. Denn das Nachtnetz ist heute ein integraler Bestandteil des öffentlichen Verkehrs und wird insbesondere von Jungen stark genutzt. Der Nachtzuschlag war somit in erster Linie eine Strafgebühr für Junge. Seine Abschaffung beseitigt nicht nur diese ärgerliche Strafgebühr, sondern würde auch zu einer weiteren Verlagerung des Ausgehverkehrs vom Auto auf den öffentlichen Verkehr führen. Das ist ein Gewinn für die Sicherheit der Bevölkerung und einen Beitrag zur Reduktion der CO₂- und Lärm-Emissionen.

Zurück zum Start beim Kasernenareal

Anfang Jahr, kurz vor den kantonalen Wahlen, haben die Bürgerlichen im Kantonsrat die von Stadt- und Regierungsrat ausgehandelte Lösung zur Zukunft des Kasernenareals verhindert. Stadt und Kanton haben ein breit abgestütztes Nutzungskonzept für das Kasernenareal erarbeitet, das endlich eine Perspektive für dieses riesige Areal mitten im Zentrum Zürichs bietet. Vorgesehen war, dass der Kanton der Stadt die Zeughäuser im Baurecht abgibt und die Stadt sich an den Renovationskosten für die denkmalgeschützten Gebäude beteiligt. Doch die Bürgerlichen wollten in ihrer blinden Wut auf die erfolgreiche links-grüne Stadt die Beteiligung des Kantons an den Renovationskosten nicht genehmigen und produzierten damit einen Scherbenhaufen. Nach den Wahlen ist der Kantonsrat nun stadtfreundlicher. Die Zeichen für neue Perspektiven für das Kasernenareal stehen gut. Die Fortsetzung folgt.

Der Klimanotstand wird ausgerufen

Der Klimaschutz und die Klimajugend standen im Kantonsrat mehrmals im Fokus. Der Druck der Strasse wurden in unsere Fraktion von den neugewählten jüngeren Mitgliedern hineingetragen. Am 13.5.2019 bei starker Präsenz von Schüler*innen auf der Tribüne und vor dem Rathaus überweist das Parlament die zwei Postulate von SP und GLP, welche die Ausrufung des Klimanotstandes und eine rasche Reduktion der Netto-Emissionen fordern. Dies ist ein wichtiger erster Schritt hin zu einem klimaneutralen Kanton Zürich. Demnach soll der Regierungsrat eine Strategie erarbeiten, welche die Senkung der CO₂-Nettoemissionen auf null bis 2030 anstrebt und diese bis spätestens 2050 erreicht. Dabei werden sowohl Emissionen von Produktion wie auch von Verbrauch berücksichtigt. Noch am 10.4.2019 hat-



te der Regierungsrat in seiner Stellungnahme die Ablehnung des Geschäftes (KR-Nr. 62/2019) beantragt.

Erste Hürde beim Stimm- und Wahlrecht für Ausländer*innen

Unter der Federführung von SP-Stadtpräsidentin Corine Mauch fordert der Zürcher Stadtrat die Einführung des kommunalen Stimm- und Wahlrechts für Ausländer*innen in den Gemeinden. Der jüngste Erfolg des Anliegens im Kanton Basel-Stadt lässt hoffen. Die Stadtpräsidentin selber hat die Behördeninitiative für das Ausländerstimmrecht am 6.1.2020 im Kantonsrat präsentiert. Die Zürcher Gemeinden sollen damit das kommunale Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer einführen dürfen.

Der Vorstoss des Zürcher Stadtrats für das Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene hat die erste Hürde genommen. Mit der Überweisung dieser Behördeninitiative zeigt der Kantonsrat, was in der neuen Zusammensetzung doch möglich ist und unterstützte die Behördeninitiative mit 85 Stimmen vorläufig.

Rahmenkredit Rosengartenprojekt

Dafür und Dagegen des Projekts Rosengartentunnel/Rosengartentram wurden in der Fraktion und im Kantonsrat intensiv diskutiert. Die Grösse des Projekts, die involvierten Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinde) und die vielen Perspektiven (Stadtentwicklung, Bevölkerung, Verkehr, Umwelt, Finanzierung etc.) führten dazu, dass das Projekt Rosengartentunnel/Rosengartentram in der Fraktion und im Kantonsrat in mehreren Runden evaluiert wurde.

Der Präsident der SP-Kantonsratsfraktion nannte die Rosengarten-Vorlage treffend »Ein Drama in drei Akten«. So sei der Akt 1: der Regierungsrat legt eine akzeptable Vorlage zu einem Politikbereich vor. Im 2. Akt «verschlimmbessert» die rechte Ratsseite im Bewusstsein ihrer Mehrheit die regierungsrätlichen Vorgaben rücksichtslos und zwingt Links-Grün zum Referendum. Der 3. Akt bringe dann das Volk als Deus ex Machina ins Spiel – mit dem (fast immer) gleichen dramatischen Ende: der rechtsbürgerliche Übermut scheitert am Wille der Volksmehrheit. Das Projekt wurde mit einem Nein-Anteil von über 60% überdeutlich an der Urne endgültig begraben.

Kantonsrat in Zeiten von Corona

Nach anfänglicher Verunsicherung durch die Pandemie hat der Kantonsrat am 30.3.2020 die Sitzungen wieder aufgenommen und die von der Regierung erlassenen Notmassnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Belastungen für die Zürcher Wirtschaft ohne Gegenstimmen angenommen.

Die SP nimmt die Notstandsmassnahmen des Regierungsrats insgesamt positiv zur Kenntnis. Sie entsprechen dem, was die SP angesichts der Corona-Krise sowohl auf nationaler als auch auf kantonaler Ebenen seit Wochen forderte. Die SP wird weitere Massnahmen zum Schutz von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmenden einfordern sowie sich stark gegen den Abbau von Sozialleistungen einsetzen.

Die gewichtigen Unbekannten und die anstehenden Herausforderungen im Rahmen der Coronakrise ändern den Schwerpunkt der Fraktionsarbeit ab März 2020. So geht es jetzt hauptsächlich darum die gesetzten Legislaturziele an die neuen Realitäten und Herausforderungen anzupassen unter Wahrung sozialdemokratischer Prinzipien.

Im Mai 2020, Isabel Bartal



Jahresbericht Kreisschulbehörde Zürichberg

Bericht der Linken Fraktion der Kreisschulbehörde Zürichberg 2019/2020

Das vergangene Jahr war geprägt von der Einarbeitung der sich neu konstituierten Behörde. Immerhin wurden von 25 Mitgliedern deren 11 neu besetzt. Und dazu zählte auch der neue Präsident der Kreisschulbehörde, Roger Curchod. Damit war klar, dass die Berichtsperiode ganz unter dem Zeichen der Neubesetzungen stand.

Im Nachgang zur Wahl galt es, das Vizepräsidium zu besetzen. Die Linke Fraktion hat traditionsgemäss (nicht per se!) das Anrecht, bei einem bürgerlichen Präsidium das Vizepräsidium zu nominieren. Wir waren uns in der Fraktion einig, dass es nicht zielführend sei, einen Newcomer, eine Newcomerin in dieses Amt zu hieven. Aus diesem Grund – und weil alteingesessene Kandidatinnen oder Kandidaten sich nicht zur Verfügung stellen konnten oder wollten – verzichtete die Linke Fraktion auf die Nominierung einer Kandidatin, eines Kandidaten. Mit dem Resultat allerdings, dass die Bürgerlichen mit Caroline Fiala (FDP) eine Neueinsteigerin nominiert haben, welche von der Plenarversammlung auch gewählt wurde. Immerhin freut es mich sehr, dass Thomas Eichenberger seine Arbeit als MAB-Verantwortlicher und damit ebenfalls als Mitglied der Geschäftsleitung aufgenommen und seine Einarbeitung inzwischen erfolgreich abgeschlossen hat.

Soviel zum politischen Alltag der Behörde, welcher aber glücklicherweise einen geringen Anteil am Tagesgeschäft einnimmt.

Ansonsten prägte die Schulen die Einführung der Tagesschule, wo die Schuleinheit Balgrist/Kartaus und die Schule Bungertwies kurz davorstehen, diesen Schritt zu gehen. Besonders daran ist der Umstand, dass die Schule Bungertwies bereits vorher als Pilot-Tagesschule funktionierte. Man könnte meinen, dass sich also die Umstellung für das Bungertwies besonders einfach gestalten würde, was sich aber nicht so gestaltet, da die Schule als Pilotprojekt bisher mit besonderen Ressourcen ausgestattet war, was sie mit der reduzierten Tagesschule, die nun in der Stadt eingeführt wird, nicht mehr ist. Der Verlust dieser Ressourcen schmerzt natürlich sehr.

Weiter beschäftigt unsere Schulen ebenso wie diejenigen anderer Schulkreise der Raummangel in grossem

Mass. Unsere Diskussionen über Raumdispositionen sind äusserst bemüht. Besonders stösst dabei auf, dass bei jedem Vorhaben, den Schulraum auch nur temporär zu erweitern, immer und sofort irgendwelche Einsprachen auftauchen, welche mindestens zu einer substantiellen Verzögerung des Vorhabens führen. Als öffentliche Schulen haben wir aber gar keine Wahl: wir müssen den Schul- und Betreuungsraum zur Verfügung stellen – ob wir Räume dafür zur Hand haben oder nicht, spielt keine Rolle. Das gleicht ab und zu der Quadratur des Kreises!

Bei allen Problemen dürfen wir nicht vergessen, dass wir immer noch Schulen betreuen, die grossmehrheitlich ausgezeichnet funktionieren und in denen hervorragende Arbeit geleistet wird.

Wie immer schliesse ich den Jahresbericht mit einem herzlichen Dankeschön an die Mitglieder der Linken Fraktion für ihre engagierte und kooperative Mitarbeit.

8. Mai 2020, Marco Gitermann